

Interview „EU-Umweltminister beschließen Kompromiss zu Verbrennern“

Silvia Engels im Gespräch mit Oliver Krischer, Bündnis 90/Die Grünen

"Informationen am Morgen", 29.6.2022, 7:15 Uhr

Silvia Engels: Gestern tagten in Luxemburg die Umweltminister der Europäischen Union. Es ging um wichtige Teile des von der EU-Kommission und dem Parlament beschlossenen Klimaschutzpakets. Hier ist die Zustimmung der Mitgliedsstaaten notwendig. Nach 16 Stunden Verhandlungen einigte sich die Umweltministerrunde darauf, dass ab 2035 nur noch emissionsfreie Neuwagen zugelassen werden. E-Fuels, synthetischer Kraftstoff bleibt möglich. Dem wiederum muss nun das EU-Parlament zustimmen.

Am Telefon ist nun Oliver Krischer von den Grünen, derzeit noch Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. Guten Morgen, Herr Krischer.

Oliver Krischer: Guten Morgen, Frau Engels.

Engels: Ab 2035 in der EU nach Meinung der Umweltminister nur noch Neuwagen, die CO₂-frei fahren. Ein hartes Aus für den Verbrennermotor ist das aber nicht, obwohl die Grünen das immer wollten, denn klimaneutrale synthetische Kraftstoffe, die sogenannten E-Fuels, bleiben möglich. Ist das eher lachendes oder weinendes Auge bei Ihnen?

Krischer: Das ist ein absolut lachendes Auge. Als wir 2017 erstmals beschlossen haben, es muss ein Aus des Verbrenners geben, wir brauchen nur noch klimaneutrale Autos, da haben viele, gerade in der Automobilindustrie, den Kopf geschüttelt. Das ist jetzt europäische Politik, und die ganze Diskussion um die E-Fuels halte ich ein bisschen für eine Phantomdiskussion. Das ist ein Kraftstoff, den es heute im Einsatz überhaupt nicht gibt, auch wo die Perspektive nicht klar ist. Herr Timmermans hat das eben, wie ich finde, richtig erläutert. Die Zukunft – und das sieht man ja auch im Moment bei den ganzen Kaufentscheidungen – ist das batterieelektrische Fahrzeug. Ich glaube auch, dass das noch schneller als 2035 geht, weil der Markt entscheidet, die Menschen da abstimmen. Insofern ist das jetzt eine gute Grundlage, die auf europäischer Ebene da vereinbart worden ist.

Engels: Aber Sie sprechen die E-Fuels an. Viele Experten bezweifeln auch die Effizienz und entsprechend die Zukunftsfähigkeit. Aber Sie mussten die FDP-Position ja dort vertreten, die genau diese E-Fuels weiter wollen, und damit bleibt dem Verbrenner zumindest noch eine Hintertür offen. Wie hart ist es für die Grünen, eine FDP-Position verkaufen zu müssen?

Krischer: Ich habe ja überhaupt nichts dagegen, wenn am Ende klimaneutrale Fahrzeuge mit einer anderen Technik betrieben werden, wenn das dem dann ähnlich ist, was wir heute als Verbrenner kennen, solange das nur klimaneutral ist. Das ist alles völlig in Ordnung. Es ging ja um die Geschichte, dass der Verbrenner weiterbetrieben werden kann und man im Grunde genommen aber nachher nicht kontrollieren kann, werden dann weiter fossile Kraftstoffe getankt. Die EU-Kommission hat jetzt vorgeschlagen, für dieses Problem eine Lösung zu schaffen, dass sichergestellt ist, dass am Ende diese Fahrzeuge, wenn die E-Fuels überhaupt mal kommen und wirtschaftlich sein sollten. Damit habe ich überhaupt kein Problem. Es geht ja um Klimaneutralität. Ich bin nur sicher – und da bin ich jetzt gar nicht der Experte, sondern das höre ich uni sono aus der Automobilindustrie –, dass die Technologiefrage bei den PKW entschieden ist. Das ist das batterieelektrische Fahrzeug. Insofern ist das, was da jetzt vereinbart worden ist, ein Zeichen dafür, dass man technologieoffen ist, dass es aber am Ende klimaneutral auf jeden Fall bleiben wird.

Engels: Diese Entscheidung der Umweltminister, nun vor allen Dingen CO2-freie Autos ab 2035 nur noch neu zulassen zu wollen, ist ja nun auch nur ein Zwischenschritt. Das EU-Parlament muss diesem Kompromiss wiederum zustimmen. Rechnen Sie damit?

Krischer: Bisher ist es immer so gewesen, dass das EU-Parlament hier progressiver ist in den Umwelt- und Klimafragen. Ich gehe davon aus,

dass es bei diesem Thema auch der Fall sein wird. Es hat ja gestern nicht nur hierzu eine Entscheidung gegeben, sondern auch zum Emissionshandel, zum Klimasozialfonds, Energie-Effizienzrichtlinie, Erneuerbaren-Richtlinie. All das hat der Rat ja entschieden. Da bewegen wir uns sehr positiv nach vorne. Bisher war der Rat eher das bremsende Element. Ich glaube, auch ein bisschen mit der jetzt offensiveren Politik aus Deutschland haben wir unter den Mitgliedsstaaten einen richtigen Schritt nach vorne gemacht. Das EU-Parlament – davon gehe ich aus, das war noch bisher die Diskussion im Parlament – wird das Ganze eher noch nach vorne bringen und verstärken als weiter ausbremsen.

Engels: Sie haben es angesprochen, es ging noch um viel mehr Themen bei den Umweltministern. Es wurde zum Beispiel lange auch um den sogenannten Klimasozialfonds gerungen. Damit sollen finanzielle Härten durch mehr Klimaschutz gedämpft werden. Finanziert werden soll dieser Fonds aus dem Emissionshandel. Das EU-Parlament will so 72 Milliarden Euro bis 2032 zusammenbekommen. Die EU-Länder in Form der Umweltminister haben sich nun aber mehrheitlich für einen kleineren Fonds von rund 59 Milliarden Euro ausgesprochen, auch Deutschland. Warum so zurückhaltend?

Krischer: Na ja, es geht hier um viel Geld und es geht hier am Ende darum, dass eine gemeinsame Linie zwischen den Mitgliedsstaaten gefunden wird. Vor allen Dingen die ost- und südosteuropäischen Staaten wollten diesen Ausgleich. Aber es ist auch so, dass es am Ende jetzt

irgendwie gerecht wird und dass hier nicht ein komplett neuer Verteilungsmechanismus geschaffen wird. Ich glaube, in einem ersten Schritt ist das ein guter Kompromiss, den der Rat gefunden hat. Die unterschiedlichen Interessen zwischen denen, die das eigentlich gar nicht wollten wie Deutschland, die gesagt haben, lasst uns jetzt mal einen ersten Schritt machen, damit wir beim Emissionshandel vorankommen, und denjenigen, die noch viel mehr wollten wie in Osteuropa, da, denke ich, ist das insgesamt eine gute Linie. Und ich glaube, Deutschland hat da eine gute Brückenfunktion eingenommen, dass es überhaupt zu diesem Sozialfonds gekommen ist. Das war lange Zeit vorher nicht klar.

Engels: Herr Krischer, heute wird das neue NRW-Kabinett vereidigt. Ich habe es angesprochen, mit Ihnen als Umwelt- und Verkehrsminister. Es ist das erste schwarz-grüne Landesregierungsverständnis an Rhein und Ruhr. Nordrhein-Westfalen soll die erste klimaneutrale Industrieregion Europas werden. Dieses ambitionierte Ziel steht bei Ihnen im Koalitionsvertrag. Aber einen Zeitpunkt für diese Klimaneutralität nennen Sie nicht. Warum nicht?

Krischer: Na ja. Der Zeitpunkt ist das, was die Klimaschutzgesetzgebung der Bundesregierung vorgibt. Wir haben uns bewusst dafür entschieden, dass wir nicht jetzt einen Wettbewerb über die Jahre machen, sondern dass wir das mit konkreten Maßnahmen – und da finden sich im Koalitionsvertrag unglaublich viele – hinterlegen und jetzt auch die notwendigen Schritte machen. Wir werden das Klimaschutzziel von

Nordrhein-Westfalen noch mal deutlich anheben für 2030. Auch das steht im Koalitionsvertrag. Damit ist eine gute Grundlage geschaffen und 2045 – das ist ja das Ziel der Bundesregierung -, das ist ja da, wo Deutschland dann insgesamt sein muss, und wir gehen davon aus, dass wir das in Nordrhein-Westfalen auch noch ein Stück schneller schaffen.

Engels: Sie sagen es, eine konkrete Zeitfrist nennen Sie für das Kohleland NRW. Hier gibt es ja große Braunkohlereviere. Der Ausstieg aus der Verstromung von Kohle soll hier bis 2030 vorgezogen werden statt wie bislang im alten Kohlekompromiss bis 2038. Ist das weltfremd, wo jetzt Kohlekraftwerke wieder angefahren werden müssen, um einen Engpass beim Gas zu mildern?

Krischer: Nein, überhaupt nicht, und es ist ein wahnsinniger Erfolg von CDU und Grünen, dass es diese Vereinbarung gibt. Damit schreiben wir das Schlusskapitel der Kohle in Nordrhein-Westfalen. Das ist aus Klimaschutzgründen zwingend notwendig. Das ist aber auch, weil die Zeit der Kohle, die Nordrhein-Westfalen ja groß gemacht hat – das war ja die Basis für unsere Industrie, vorbei ist und wir das jetzt mit Strukturwandel schon 2030 beenden können. Damit zeigen wir auch, dass wir ambitioniert in die neue Zeit gehen, und gerade die aktuelle Situation des von Herrn Putin verursachten Krieges gegen die Ukraine zeigt, wie richtig am Ende auch dieser Weg ist, auf erneuerbare Energien zu setzen, weil, das ist die zweite Seite der Medaille, die wir in Nordrhein-Westfalen in den Koalitionsvertrag geschrieben haben, zusammen mit den Kolleginnen und

Kollegen der CDU, nämlich den massiven Ausbau der Erneuerbaren. Da wird Nordrhein-Westfalen jetzt an die Spitze treten, ganz ambitioniert auftreten. Das ist notwendig, um die Kohle zu ersetzen.

Engels: Aber wir haben es ja gerade gesehen: Aufgrund der Entwicklungen, was die Gaslieferungen angeht, kann man solche ambitionierten Ziele nicht immer umsetzen. Haben Sie in irgendeiner Form vorgesorgt dafür, dass auch Nordrhein-Westfalen nun stärker helfen muss, Gas zu sparen, in Form vom Anfahren von Kohlekraftwerken?

Krischer: Ja, das ist die bittere Pille, die Wladimir Putin uns jetzt in Form seines Wirtschaftskrieges gegen Europa aufdrückt. Wir haben ja verminderte Gaslieferungen. Der Wirtschaftsminister hat den entsprechenden Alarmplan in Gang gesetzt und ein Gesetz in den Bundestag eingebracht, das wir ausdrücklich unterstützen, dass verstärkt Kohlekraftwerke in Reserve gehalten werden in den nächsten beiden Wintern, die, wenn es knapp werden könnte, dann zur Verfügung zu stehen. Das ist für einen Grünen überhaupt nicht schön, keine Frage, aber es ist absolut notwendig, die Versorgungssicherheit darzustellen und dann gegebenenfalls Kohlekraftwerke anzufahren, um Gaskraftwerke zu ersetzen. Das ist etwas, was eine Politik ist, die auf der einen Seite sagt, klar, die Zeit der Kohle ist vorbei, wir haben das Ziel, 2030 aus der Kohle auszusteigen, das ist auch festgeschrieben, auf der anderen Seite jetzt in dieser schwierigen Phase eine Sicherung bereitzustellen, damit in diesem Land Wirtschaft und Menschen auch mit diesem unsäglichen Krieg gut

wirtschaften und arbeiten können. Es wird alles schwierig werden, das merken ja die Menschen inzwischen auch, dass dieser Krieg bei uns Folgen hat, und wir tun alles das, was notwendig ist, um das entsprechend auch abzufedern.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.